

## Steuerdebatte

# Die Koalition sollte endlich aufwachen

„Tagträumereien“ – so hat der Sachverständigenrat die Vorstellung bezeichnet, dass Steuerkürzungen sich über ein höheres Wachstum von selbst finanzieren. Die FDP wiederholt diese Mär dennoch tagein, tagaus, wahrer wird sie dadurch nicht. Wenn die FDP also fordert, die Steuern im kommenden Jahr noch einmal um 19,5 Mrd. € zu senken, wird – wenn die Staatsverschuldung nicht völlig außer Kontrolle geraten soll – irgendjemand für diese Steuerkürzungen bezahlen müssen.

Schon jetzt ist klar: Zumindest teilweise wird die Koalition beim Thema Steuern einen Vertrag zu Lasten Dritter schließen. Länder und Kommunen werden den Großteil der Steuersenkungen bezahlen. So entfielen schon beim Wachstumsbeschleunigungsgesetz etwa 3,8 Mrd. der Steuerausfälle auf Länder und Kommunen. Der kommunale Anteil ist dabei höher als der Anteil der Kommunen an den Steuereinnahmen; sie werden überproportional belastet. Eine Einkommensteuersenkung im geplanten Umfang des Koalitionsvertrags würde Länder und Kommunen noch einmal über 11 Mrd. € kosten – Geld, das ihnen durch die hohen Steuerausfälle schon heute fehlt. Das Steuerkonzept der FDP würde laut der aktuellen Berechnungen des Finanzministeriums sogar zu Steuerausfällen von etwa 67 Mrd. € führen.

Die Antwort der Koalition? Sie macht munter weiter und bringt weitere Steuerentlastungen für Unternehmen auf den Weg. So wollen die CDU-

Finanzpolitiker zusätzlich noch die Besteuerung von Dienstwagen und Dividenden senken und Finanzminister Schäuble erklärt mal eben nebenbei eine Abschaffung der Gewerbesteuer für wünschenswert.

Dabei müsste es darum gehen, die Steuereinnahmen für die Kommunen verlässlicher zu gestalten, so wie im grünen Konzept der kommunalen Wirtschaftssteuer vorgesehen. Union und FDP tragen einen Überbietungswettbewerb der Steuersenker unter sich aus. Das Ergebnis ist ein finanzpolitischer Scherbenhaufen bisher unbekanntem Ausmaßes.



Gerhard Schick  
Foto: Bündnis 90/Die Grünen

Schon jetzt führen die Einnahmeausfälle der Kommunen zu steigenden Gebühren für Kindertagesstätten, Bibliotheken oder den öffentlichen Personennahverkehr. Es sind die Kommunen, die den Löwenanteil der öffentlichen Investition stemmen. Ihr Auftragsvolumen wird in der Folge der Steuersenkungen deutlich sinken. Die lokale Wirtschaft, Mittelstand und Handwerk werden so indirekt einen Teil der Steuersenkungen für Großunternehmen und Gutverdiener bezahlen.

**Gerhard Schick**

➔ MdB Gerhard Schick ist finanzpolitischer Sprecher der Bundestagsfraktion von Bündnis 90/Die Grünen. [www.gerhardschick.net](http://www.gerhardschick.net)